

gelegten Beschäftigungs- und Versicherungszeiten mit berücksichtigen) zur Anwendung kommt. Für die Übergangsfrist rechnet der Bundesrat mit Zusatzausgaben von rund 210 Mio. Franken. Nach Ablauf der Übergangsfrist wird die Schweiz auch für Saisoniers und Kurzaufenthalter das EU-Recht übernehmen müssen. Daraus dürften sich zusätzliche Kosten zwischen 370 und 600 Mio. Franken pro Jahr ergeben, sofern die heutigen Rahmenbedingungen gleich bleiben.

### Übergangsfrist

Während der siebenjährigen Übergangsfrist erstattet die Schweiz den Nachbarstaaten weiterhin die Beiträge der Grenzgänger an die schweizerische Arbeitslosenversicherung zurück. Dies kostet heute 200 Mio. Franken pro Jahr. Da eine solche Rückerstattung im EU-Recht nicht vorgesehen ist, fällt diese nach sieben Jahren dahin.

### Missbrauch von vorbezogenen WEF-Geldern

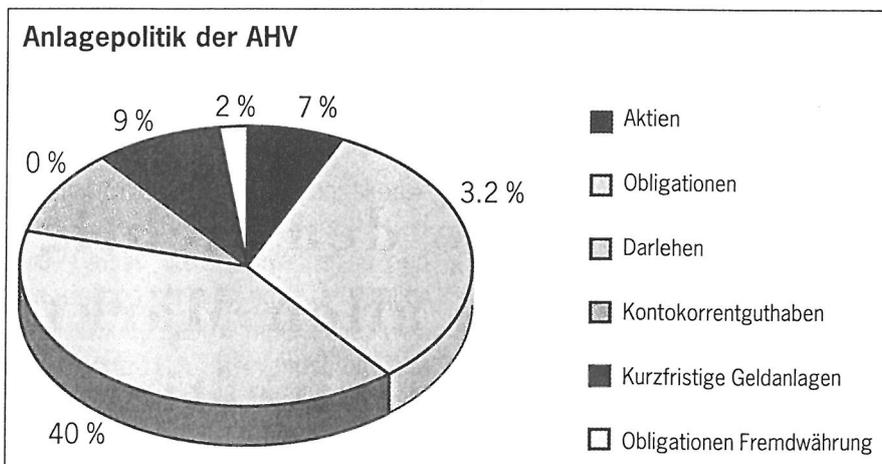
In einer Interpellation vom 11. März fordert Nationalrat *Erwin Jutzet* (SP/FR) den Bundesrat auf, der Zweckentfremdung von vorbezogenen Geldern zur Wohneigentumsförderung den Riegel zu schieben. So könne ein Versicherter von seiner Pensionskasse einen Betrag vorbeziehen, um Hypothekarschulden abzubezahlen und einige Zeit später den Kredit wieder aufstocken lassen. Dieses Vorgehen sei nicht verboten, widerspreche aber dem Vorsorgegedanken.

In seiner Antwort hält der Bundesrat fest, dass ihm die erwähnte Missbrauchsgefahr bekannt ist. Er wird prüfen, welche Massnahmen zu treffen sind, um die Missbrauchsgefahr zu verhindern oder zumindest einzuschränken.

## Sozialversicherung

### Sozialwerke mit 1,3 Milliarden Defizit

red. Mit einem Defizit von rund 1,3 Mrd. Franken sind die AHV, die IV und die Erwerbsersatzordnung (EO) zusam-



men im ersten Halbjahr 1998 tiefer in die roten Zahlen gerutscht. Während die AHV nächstes Jahr aus dem Schneider kommt, ist die Lage der IV katastrophal. Die Einnahmen der drei Sozialwerke stiegen um 2,6 Prozent auf 16 593 Mrd. Franken. Dazu trugen insbesondere die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber bei, die dank verbesserter Konjunktur um zwei Prozent reichlicher flossen. Die Ausgaben wuchsen um 4,9 Prozent auf 17 930 Mio. Franken. Das daraus resultierende Defizit von 1,3 Mrd. Franken ist um 423 Mio. Franken höher als jenes im ersten Halbjahr 1997, jedoch um 150 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Für das ganze Jahr rechnen die Experten mit einem Ausgabenüberschuss von 1,5 Mrd. Franken (Vorjahr 812 Mio.).

Bei der AHV allein ergab sich im ersten Halbjahr ein Defizit von 893 Mio. Franken. Mit dem neuen Mehrwertsteuerprozent wird sich die Lage rasch bessern. Zu Beginn sind aus dieser Quelle 1,3 Mrd. Franken zu erwarten, sodass für die AHV 1999

eine ausgeglichene Rechnung zu erwarten ist. Bis 2003 kann die AHV mit Überschüssen rechnen. Die IV musste im ersten Semester ein Defizit von 612 Mio. Franken hinnehmen. Ihre Aussichten sind längst nicht so «rosig» wie jene der AHV. Das Defizit wird bis Ende dieses Jahres auf rund

700 Mio. und anschliessend jährlich um weitere 100 Mio. Franken steigen. Wegen der IV. bleiben die drei Sozialwerke weiterhin in den roten Zahlen. Daran vermag auch die florierende EO nichts zu ändern. Dieses Sozialwerke erzielte im ersten Halbjahr einen Überschuss von 168 Mio. Franken. Bis Ende 1999 werden 200 Mio. Franken erwartet. Das Gesamtvermögen von AHV, IV und EO verringerte sich um das neue Defizit auf 24,7 Mrd. Franken. Die AHV allein verfügte Ende Juni über 22,3 Mrd. Franken. Dies sind noch 84 Prozent einer Jahresausgabe.

Seit Anfang 1997 darf der AHV-Fonds in Wertschriften investieren. Mit Inkrafttreten der 10. AHV-Revision hat der AHV-Fonds 500 Mio. und im ersten Semester 1998 weitere 1000 Mio. Franken in Aktien investiert. Der Marktwert dieser Papiere ist bis Mitte Jahr um 230 Mio. Franken gestiegen. Dieser Kursgewinn wurden den Reserven gutgeschrieben. In der aktuellen Asset Allocation ist der Aktienanteil immer noch sehr tief.